



Resolution zu den Maut-Plänen des Bundesverkehrsministeriums

Deutsch-Niederländischen Alltag im Grenzraum fördern – neue Grenzen vermeiden

Die EUREGIO, der älteste europäische Kommunalverbund mit seine Menschen und Unternehmen ist Teil eines lebendigen deutsch-niederländischen Grenzraums. Europa ist hier Alltag: Besuch bei Familie und Freunden, Einkaufen, Arbeiten, Freizeit gestalten auf der jeweils anderen Seite der Grenze gehören für viele zum täglichen Leben. Seit Öffnung der europäischen Binnengrenzen – unterstützt durch die Arbeit der Euregios – hat die europäische Idee im EUREGIO-Gebiet nachhaltige Erfolge bei der Beschäftigungsentwicklung und bei der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft erzielt.

Die Unterzeichner dieser Resolution mussten nun am 7. Juli 2014 verwundert zur Kenntnis nehmen, dass die Maut-Pläne des Bundesverkehrsministeriums der Bundesrepublik Deutschland für alle Straßen, also auch für Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen gelten sollen. Der tagtäglich tausendfach stattfindende „kleine Grenzverkehr“ ist hiervon erheblich betroffen. Handel, Gastronomie, Freizeit- und Veranstaltungsunternehmen mit niederländischer Kundschaft würden bei einer entsprechenden Umsetzung der Maut-Pläne spürbare Umsatzeinbußen erleiden – mit entsprechenden Folgen für die Betriebe und die dort Beschäftigten.

Die negativen Folgen im Tourismus treffen dabei nicht nur die deutsche Seite. Auch Restaurants, Übernachtungsstätten, Freizeiteinrichtungen und Einzelhandel im niederländischen Grenzgebiet werden unter der Maut leiden. Denn das Motto „ein Urlaub – zwei Länder“, das Besucher aus den Niederlanden und dem europäischen Ausland in die Gebiete Achterhoek, Twente und Vechtetal zieht, gilt dann nur noch mit Einschränkungen.

Eine Antwort auf Einsparzwänge und Demografischen Wandel ist im Grenzgebiet mehr denn je die Zusammenarbeit von deutschen und niederländischen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen. Diese Zusammenarbeit wird durch die Maut ebenso erschwert, wie die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung.

Eine Umsetzung der jüngst bekannt gewordenen Maut-Pläne gefährdet damit Arbeitsplätze im grenznahen EUREGIO-Gebiet und belastet indirekt auch die öffentlichen Haushalte. Die Unterzeichner fordern das Bundesverkehrsministerium auf, bei der konkreten Ausgestaltung der Maut-Pläne die Interessenslage der Menschen und der Wirtschaft in den deutsch-niederländischen Grenzregionen zu berücksichtigen. Konkret erwarten die Unterzeichner, dass die Regelungen zur PKW-Maut zu keinen Zusatzbelastungen für die Region und ihre Menschen führen.

Enschede / Gronau, 21. August 2014

Unterzeichner der Resolution sind die Teilnehmer des Treffens „Maut im EUREGIO-Gebiet“ von Kommunen vom 21. August 2014: